

Rezensionen

Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz: UVK Universitätsverlag Konstanz, 2000, ISBN 3-87940-582-4, 416 S., DM 68,- • 34,77

Daniel Cohen: Unsere modernen Zeiten. Wie der Mensch die Zukunft überholt, Frankfurt/M./New York: Campus-Verlag, 2001, ISBN 3-593-36660-6, 152 S., DM 42,- • 21,50

Jeremy Rifkin: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Warum wir weniger besitzen und mehr ausgeben werden, Frankfurt/M./New York: Campus Verlag, 2000, ISBN 3-593-36541-3, 424 S., DM 49,80, • 25,50

Alle drei Bücher verbindet der Anspruch, eine Analyse der Entwicklungsdynamik des Kapitalismus zu liefern und Eingriffspunkte zu benennen, an denen politisches Handeln ansetzen muss, um die Zukunft des Kapitalismus in einer für die Menschen gedeihlichen Weise gestalten zu können.

Jeremy Rifkin präsentiert uns in seinem „Age of Access“ ein reichhaltiges Sortiment aller Phänomene und Erklärungsangebote, die von verschiedenen Seiten (Wissenschaft, Kulturkritik, Managementliteratur) über Zustände und Wandlungen im Kapitalismus der Gegenwart in Umlauf gesetzt werden.

Cyberspace und E-Commerce werden genauso in den Blick genommen wie unser „postmodernes Wissen“ und die „Kulturindustrie“ aus der „Dialektik der Aufklärung“. Der Kapitalismus erreicht eine neue Stufe, auf der er seinen Gesetzen entsprechend auch die letzten bislang von ihm noch nicht durchdrungenen Lebensbereiche der Warenform unterwirft: die Kultur, die Erfahrungs- und Erlebnisfähigkeit der Menschen und die Gestaltung ihrer sozialen Beziehungen. Als Bezeichnungen für die neue Stufe verwendet *Rifkin* die Ausdrücke: kultureller bzw. kulturzentrierter Kapitalismus, postmoderner Kapitalismus, Hyperkapitalismus. Mit der Vermarktung der Kultur zerstört der Kapitalismus aber die kulturelle Vielfalt und die Gemeinschaftsfähigkeit der Menschen und damit den Rohstoff, den er nicht selbst reproduzieren kann, aber als Voraussetzung seines Funktionierens braucht. Denn nur im ge-

meinschaftlichen reziproken Umgang der Menschen miteinander kann sich gegenseitiges Vertrauen entwickeln, das die Grundsatzsubstanz der schon von *Durkheim* analysierten nicht kontraktuellen Voraussetzungen des Vertrags bildet. Ohne Vertrauen in die Gültigkeit von Verträgen bricht der marktvermittelte Tauschverkehr zusammen und damit die Warenform als elementare Zellform der kapitalistischen Gesellschaftsformation.

Das von mir zugespitzt dargestellte Entwicklungs-drama des kulturellen Kapitalismus zu einem Totalitätszusammenhang, der alle Erfahrungsbereiche und Erlebnisweisen des Menschen seinem Verwertungsgesetz unterwirft, vermag trotz aller Anleihen bei *Adornos* und *Horkheimers* Analyse der Kulturindustrie kognitiv nicht so recht zu überzeugen. Der Argumentation mangelt es an der Stringenz, die der kritischen Theorie der Gesellschaft noch zu eigen war. Das hat wesentlich damit zu tun, dass *Rifkin* über kein stimmiges, theoretisch tragfähiges Analyseinstrumentarium zur Aufschlüsselung der vielfältigen Phänomene in den verschiedenen Wirklichkeitsbereichen verfügt, sondern eine bunte Mischung aus Bildern und Tendenzen unserer Erscheinungswelt herstellt, die mit Erklärungsformeln verschiedener Provenienz garniert wird. Zeitdiagnose verkommt zum *name dropping* und Aneinanderreihen von zugespitzten Thesen, die vielfach diskutierte Entwicklungstendenzen nur benennen, aber nicht eigentlich in ihrem Zusammenhang analysieren.

Schlagwortartig stellt *Rifkin* die Entwicklungstrends nebeneinander: die dritte industrielle Revolution mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien führt zu neuen Kommunikations- und Vergemeinschaftungsformen im Cyberspace, der fortschreitend für kommerzielle Transaktionen genutzt wird. Die neuen Tycoons sind jene, die Eigentum an den Kanälen und ihren Inhalten haben. Die Gestaltung der Zugangsrechte zu den neuen Kommunikationsnetzen wird die entscheidende politische Frage der Zukunft sein, nicht weniger bedeutend als die Frage der Gestaltung der Privateigentumsrechte in der Geschichte der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise. Die Entwicklung neuer Dienstleistungen und die Etab-

lierung dauerhafter Dienstleistungsbeziehungen zu den Kunden, der Verkauf von ganzen Lebensstilen statt einzelner Produkte, die Dominanz der Marketingperspektive gegenüber der früher vorherrschenden Produktionslogik kennzeichnen wichtige Veränderungen in den Formen der Kapitalverwertung, aber keineswegs den Ersatz des klassischen Eigentums und seines Austausches auf Märkten, wie *Rifkin* behauptet. Die neuen Zugangs- und Zugriffsrechte auf Wissen und Kompetenzen von Organisationen und Personen in Netzwerken setzen weiterhin die Geltung von Privateigentum voraus, anstatt es zugunsten neuer Nutzungsrechte zu unterhöhlen. Die Entwicklung neuer Nutzungsrechte (Leasing, Franchising etc.) führt nicht zum Verschwinden des Eigentums, sondern nur zur Etablierung neuer Verwertungsstrategien.

Auch *Rifkins* zweite Hauptthese über die grundlegende Veränderung der Struktur menschlicher Beziehungen aufgrund der Etablierung dauerhafter kommerzialisierter Dienstleistungsbeziehungen durch neue Beziehungstechniken, die Kundenbindung herstellen sollen, wird nicht eigentlich plausibel gemacht. Denn über die Auswirkungen neuer kommerzialisierter Beziehungsformen auf die Erfahrungsformen und Beziehungsmuster der Menschen gibt *Rifkin* nicht detailliert Aufschluss anhand empirischer Untersuchungen, sondern belässt es bei der aus anderen Theorien (etwa *Marx, Adorno*) bezogenen und kontextfrei vergrößerten These, dass Erlebnisse und Erfahrungen zur Ware und menschliche Beziehungen vermarktet werden.

Unbestreitbar gibt es das zwar auch alles, aber welcher Stellenwert diesen Phänomenen für die Konstitution von Erfahrung und Sozialität in der kapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart zukommt, bleibt unerörtert, außerhalb kritischer Prüfung. Letztlich unreflektiert übernimmt *Rifkin* die Kulturindustriethese der Frankfurter Schule und reißt sie aus ihrem spezifischen Theoriezusammenhang in der Dialektik der Aufklärung.

Ebenso hilflos naiv bietet er als Rettungsanker gegen das drohende Verhängnis das verbliebene Autonomiepotential der Menschen im dritten Sektor (neben Staat und Privatwirtschaft) auf. In ihm sollen die starken Gemeinschaften entstehen, die der totalisierenden Vermarktungsstrategie des Kapitalismus im Bereich der Kultur als Gegenmacht entgegenreten. Wie schon in *Rifkins* Bestseller vom „Ende der Arbeit und ihrer Zukunft“ (1995) bildet auch in seiner neuen Zeitdiagnose der dritte Sektor gleichsam den gesellschaftlich exterritorialen Bereich (damals für die Beschäftigung, jetzt für die Gemeinschaftsbildung), von dem aus die Wende

gegen die Übel des Kapitalismus erwartet wird, obgleich doch auch *Rifkin* weiß, dass dieser Bereich von den Konzernen schon längst für die Zwecke der Sozialkapitalbildung durch *corporate volunteering* entdeckt wurde.

Daniel Cohen, Mitglied des französischen Wirtschaftsrates und Berater des französischen Premierministers *Lionel Jospin* ersetzt in seiner schlank gehaltenen Untersuchung (152 Seiten) über „Unserer modernen Zeiten“ nicht seine vorherige „Fehldiagnose Globalisierung“ (1997) durch eine neue „Fehldiagnose Ende der Arbeit“. Vielmehr ergänzen sich beide in der Kritik an gängigen Thesen des neoliberalen ökonomischen *mainstream*, demzufolge globale ökonomische Sachzwänge den Verzicht auf politische Gestaltung auf nationalstaatlicher Ebene erzwingen. Gegen die trostlose Alternative „Markt“ oder „Caritas“ plädiert er für die Rekonstruktion der politischen Sphäre auf nationalstaatlicher Ebene, um die sozialpolitischen Regulierungen durchzusetzen, die aus politischen Gründen für eine gedeihliche Entwicklung der Gesellschaft notwendig sind.

Das zentrale Problem besteht für ihn darin, dass gegenwärtig die ökonomische Sphäre die politische absorbiert und die politische Sphäre in Reaktion darauf sich selbst als Markt zu konstituieren beginnt, auf dem politische Programme nur noch gemäß zahlungskräftiger Nachfrage (Wählerstimmen) selektiert und aggregiert werden, statt sich den zentralen politisch-praktischen Fragen der Zukunft zuwenden. Gerade weil das Ökonomische den politischen und gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht garantieren kann, muss das Politische in seiner Eigenart wieder entdeckt und neu gedacht werden. Statt die sozialen Angelegenheiten dem Markt zu überlassen, geht es darum, die politisch unerwünschten Folgen seiner Wirkungsweise durch institutionelle Regulierungen zu beschränken.

Cohens Plädoyer für die Rekonstitution der politischen Sphäre, die mit dem Globalisierungsargument fälschlich ihre Abdankung rechtfertigt, bedeutet aber kein Plädoyer für die Wiederherstellung des fordistischen Regulationsregimes. Denn der fordistische Managerkapitalismus mit seiner standardisierten Massenproduktion und seinen partnerschaftlich-paternalistischen Beziehungsmustern, impliziten Verträgen und erwartbaren innerbetrieblichen Karrieren ist endgültig passé. Der heute dominierende Finanzkapitalismus mit seinen neuen Formen der Kapitalmarktfinanzierung (dem einzigen im strengen Sinne globalisierten Markt) und die dritte industrielle Revolution mit ihren neuen Informations- und Kommunikationstechnologien haben

die standardisierte Welt des Fordismus in der Arbeits- und Konsumsphäre endgültig zerschlagen und die dem Fordismus entsprechenden sozialpolitischen Regulierungen durch Dauerarbeitslosigkeit auf hohem Niveau in Finanzierungsprobleme gestürzt.

Cohens Attacke gegen die Theoretiker vom „Ende der Arbeit“ richtet sich gegen deren falsche These von der dauerhaften Verknappung von Arbeitsplätzen wegen steigender Arbeitsproduktivität. Deren Vorliebe für Arbeitszeitverkürzung und Vorruhestandsregulierungen gründet in einer falschen Weltansicht, nämlich in der Malthusianischen Welt naturgesetzlicher oder göttlich verordneter Knappheit. Demgegenüber setzt *Cohen* auf die offene Welt einer dynamisch sich entwickelnden Ökonomie. Die Steigerung des technischen Fortschritts und der Arbeitsproduktivität taugen eher als Mittel zur Lösung von Knappheitsproblemen statt deren Verlangsamung. *Cohen* plädiert - durchaus neoklassischen Grundüberzeugungen entsprechend - für eine Angebotspolitik, die aber mit nachfragepolitischen Instrumentarien verknüpft und vor allem um eine starke sozialpolitische Programmatik ergänzt werden soll, die institutionelle Sicherungen gegen die Risiken der neuen entstandardisierten und flexibilisierten Arbeitswelt bereitstellt.

Gerne würde man Genaueres über die Gestalt und Finanzierungsmodalitäten der neuen sozialpolitischen Regulierungen erfahren. Außer einigen knappen Bemerkungen über „Sozialziehungsrechte zur Etablierung einer Betriebsbürgerschaft“ (Recht auf Zeitkapital, Gesamtarbeitszeit, Weiterbildung und Umschulung) werden kaum Mittel und Therapien für die überzeugend diagnostizierten Probleme angeboten. Auch die Angaben zu den neuen (und zugleich alten) Aufgaben im Bereich der öffentlichen Sphäre (Gesundheit, Erziehung, etc.) bleiben blass und unspezifisch bis auf den richtigen Hinweis, dass die öffentlichen Güter in Zukunft auch nach einer Logik der Individualisierung und nicht mehr nach dem noch im öffentlichen Bereich vorherrschenden Muster standardisierter Massenproduktion bereitgestellt werden müssen.

Cohen will mit seinem Plädoyer für die Rekonstruktion des Politischen und die Konstruktion neuer sozialpolitischer Regulierungen dazu beitragen, den politischen Willen zu schaffen, der hilft, das Humankapital in der Arbeitswelt und der politischen Sphäre aus der Dominanz des heute zunehmend alle Sphären beherrschenden Finanzkapitals zu befreien. Das Finanzkapital vermochte zwar die standardisierte Welt des fordistischen Managerkapitalismus zu zerstören, vermag aber keine gesellschaftliche Welt zu erzeugen, die lebenswert wäre.

Leider bleiben *Cohens* Darlegungen zur Gestaltung der Zukunft gerade da, wo es spannend wird, recht unverbindlich allgemein. Aber im Grundsatz richtige Diagnosen sind der erste Schritt zum Besseren.

Robert Castel verfolgt mit seiner äußerst detaillierten und begrifflich-theoretisch konsistenten Rekonstruktion der „Metamorphosen der sozialen Frage“ die gleichen politischen Ziele wie *Daniel Cohen*. Der Kapitalismus befindet sich an einer Weggabelung: entweder unterwirft die Ökonomie die Gesellschaft ihren Gesetzen und produziert fortschreitend aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang entkoppelte prekäre Existenzen, die zunehmend privater Wohltätigkeit mit der ihr eigenen paternalistischen Vormundschaft überantwortet werden oder die nationalstaatlich verfasste politische Gemeinschaft entwickelt eine Re- bzw. Neukonstruktion des Sozialstaats, die den neuen Herausforderungen der globalisierten Ökonomie und den Integrationsproblemen der Gesellschaft gerecht wird.

Castels Analysen sind weitaus differenzierter als die von *Cohen*. Seine „Chronik der Lohnarbeit“ liefert eine immens faktenreiche Rekonstruktion der historisch-spezifischen Beziehungen zwischen ökonomisch prekären Lagen und sozialer Instabilität in der französischen Gesellschaft vom Mittelalter bis in die Gegenwart. Das historische Material wird mit Hilfe soziologischer Kategorien auf strukturelle Homologien und spezifische Differenzen zwischen der Lage der Vagabunden der vorindustriellen Gesellschaft, dem Subproletariat der Industrialisierung und prekären Existenzen ohne Arbeit in der französischen Gesellschaft der Gegenwart analysiert.

Castels Strukturgeschichte der Armut kann im Rahmen dieser Besprechung nicht einmal als grobe Skizze wiedergegeben werden. Deshalb beschränke ich meine Darstellung auf die wiederum äußerst knapp gehaltene Darlegung der Entstehung der Lohnarbeitsgesellschaft und der Einrichtung der sozialen Sicherungssysteme. Sie schaffen eine Form von Sozialeigentum, mit dem gesetzlich garantierte Versicherungen gegen die Prekarität der Lohnarbeiterlage entwickelt werden, die unabhängig vom Privateigentum sind und doch mit ihm kompatibel. Mit seiner sozialpolitischen Gesetzgebung interveniert der National-Sozialstaat in die Gesellschaft, um gegen die durch sie produzierten Risiken deren innere Kohäsion zu erhalten. Das Versicherungsprinzip schafft einerseits ein Verhältnis zwischen Arbeit und Eigentum (qua Sozialeigentum) und befreit andererseits die Arbeiter aus der paternalis-

tischen Bevormundung durch private Wohltätigkeit.

Seit der Deklaration der Bürgerrechte in der französischen Revolution dreht sich ein zentraler Debattenstrang um die Lösung des Problems, wie ein aus den Bürgerrechten ableitbares „Recht auf Unterstützung“ und ein „Recht auf Arbeit“, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können, mit der zentralen Auffassung des Liberalismus vom Minimalstaat in Einklang gebracht werden kann. Philanthropische Wohltätigkeit war zwar lange die gängige Lösungsform, aber jede neue demokratische Revolution (1830, 1848, 1871) setzte die logischen Implikationen der Bürgerrechte mit der Forderung nach Recht auf Unterstützung (als Maximalforderung) und Recht auf Arbeit (als Minimalforderung) erneut auf die politische Agenda.

Die Brisanz der sozialen Frage im Zuge der kapitalistischen Industrialisierung ergab sich ja gerade daraus, dass das Massenelend nicht aus dem Fehlen von Arbeit herrührte (wie in vorindustriellen Zeiten), sondern aus der spezifischen Organisation der Lohnarbeit auf der Basis frei geschlossener Arbeitsverträge. Die Proletarier als Objekte des Massenelends waren zugleich die Subjekte der Reichtumsproduktion. Sie standen nicht außerhalb der gesellschaftlichen Austauschbeziehungen, sondern in deren Zentrum und doch am untersten Rand der Gesellschaft.

Die Entwicklung der Lohnarbeitsgesellschaft mit ihren sozialen Sicherungssystemen seit den 80er Jahren des Jahrhunderts bildet die politische Lösung der sozialen Frage im Kapitalismus. Sie beseitigt die Verwundbarkeit der Lohnarbeiterlage auf eine Weise, die mit der Würde der Lohnarbeiter kompatibel ist, weil sie einen Rechtsanspruch auf das über die sozialen Sicherungssysteme geschaffene Sozialeigentum schafft und nicht mehr die Unterwerfung der Armen unter die diversen und je nach gesellschaftlicher Situation variabel angewandten Kriterien zur Feststellung von bevormundenden Unterstützungsleistungen verlangt (gemäß einer „Handicapologie“ zur Beurteilung von Bedürftigkeit, die es schon im Mittelalter gab). Die Lohnarbeitsgesellschaft, die in der Nachkriegszeit die Lohnarbeiterlage zur Arbeitnehmerlage verallgemeinert und sich intern in neue Arbeitnehmerkategorien ausdifferenziert, stellt trotz aller Erfolge aber immer noch ein unvollendetes Projekt der Moderne dar.

Seit dem Niedergang des fordistischen Regulationsregimes wird die Zwischenzone sozialer Verwundbarkeit zwischen der Zone gesellschaftlicher Integration und der Zone der Entkoppelung bzw. Exklusion wieder größer. Es entstehen neue Formen

der Prekarität, nämlich Verhältnisse instabiler Beschäftigung (wie in vor- und frühindustrieller Zeit) oder der Nichtbeschäftigung. In ihnen entstehenden Existenzweisen der Überflüssigen, die aus sozialpolitischen Sicherungssystemen entkoppelt wurden oder sogar nie eine Chance hatten, Zugang zu ihnen zu finden. In veränderter Form kehrt also die soziale Frage des 19. Jahrhunderts wieder und stellt die Integrationsproblematik der Gesellschaft grundlegend neu. Denn die nutzlosen Überflüssigen von heute sind im Unterschied zum Proletariat des 19. Jahrhunderts kein Subjekt der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion mehr.

Castel entwickelt zwar auch keine konkreten institutionellen Lösungsvorschläge zur Bewältigung der mit den unnützen Überflüssigen auf die politische Agenda gesetzten neuen sozialen Frage. Aber er analysiert sehr genau den ambivalenten Charakter der sozialpolitischen Eingliederungsmaßnahmen für die prekären Existenzen der Gegenwartsgesellschaft. Die auf spezifische Räume (z.B. bestimmte Stadtteile) und besondere soziale Kategorien (z.B. unqualifizierte Jugendliche) bezogenen Eingliederungspolitiken folgen nämlich einer Logik positiver Diskriminierung, die der Logik der Fürsorge mit ihrer Handicapologie sehr ähnlich ist. Der Neopauperismus der nutzlosen normalen Existenzen, die keine Identität durch Arbeit mehr gewinnen können, erfordert mit der Neukonstruktion des Sozialstaats zugleich eine Weiterentwicklung der Lohnarbeitsgesellschaft. Denn eine den Bürgerrechten gerecht werdende Integrationspolitik, die von Arbeit entkoppelt ist, kann sich *Castel* auf dem Hintergrund seiner Rekonstruktion der Entwicklung der Lohnarbeitsgesellschaft schwer vorstellen.

Prof. Dr. Hartmut Neuendorff (Dortmund)

Friedrich Fürstenberg, unter Mitarbeit von Michael Hasse: Berufsgesellschaft in der Krise. Auslaufmodell oder Zukunftspotential? edition sigma Signaturen, Bd. 2, Berlin: edition sigma, 2000, ISBN 3-89404-612-0, 134 S., DM 24,80, • 12,90

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion wird derzeit überwiegend die These vertreten, dass die Berufsform der Arbeit und damit die Berufsgesellschaft mit der Globalisierung der neuen Techniken und der freien Bewegung von Geld und Produkten an Bedeutung verlieren. Es werden aber auch andere Akzente gesetzt, so in dem vorliegenden Buch von